

IMBRENNPUNKT

01-2018



Hans-Jörg Bertschi

Der Bundesrat riskiert ein Scheitern der Steuerreform.

2



Daniel Heller

Wie die Blockchain das Gesundheitswesen revolutionieren kann.

4



Doris Fiala

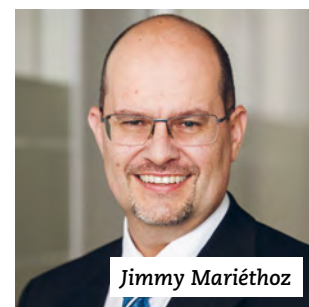
Was zeichnet den Freisinn aus?

5

Landwirtschaftspolitik – Jimmy Mariéthoz, Direktor Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten (VSGP), Zug

Einheimische Gemüseproduktion sichern

Über 3500 Betriebe versorgen die Schweizerinnen und Schweizer mit qualitativ hochwertigen, nachhaltig produzierten Gemüsesorten. Sie stehen vor einer ungewissen Zukunft. Zwei unverantwortliche Initiativen, die in zwei Jahren an die Urne gelangen dürften, gefährden die einheimische Produktion.



Jimmy Mariéthoz

Mitte Januar war es soweit: Ein Komitee, bestehend aus Privatpersonen, reichte die Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» bei der Bundeskanzlei ein. Die Initiative verfolgt auf den ersten Blick noble Ziele: Sie will verhindern, dass Stoffe, die Gewässer und Trinkwasser verschmutzen, in den Wasserkreislauf gelangen. Neu sollen Landwirtschaftsbetriebe nur noch Direktzahlungen erhalten, wenn sie pestizidfrei produzieren, ihre Tiere mit hofeigenem Futter – also ohne Futterimporte – ernähren und die Tiere nicht prophylaktisch mit Antibiotika behandeln.

DRASTISCHE FOLGEN FÜR SCHWEIZER GEMÜSEANBAU

Die Folgen der Initiative wären für die Schweizer Gemüseproduzenten aber verheerend. Zwar sind sie marktorientierte Unternehmer und die grössten Betriebe nicht von Direktzahlungen abhängig. Kleine und mittlere Betriebe aber, rund achtzig Prozent aller Produzenten, müssten auf eine wichtige Einnahmequelle verzichten – darunter übrigens auch Biobetriebe, die ebenfalls auf den Einsatz

von Pflanzenschutzmitteln (PSM) angewiesen sind. Noch kritischer sind aber die indirekten Auswirkungen der Initiative. Denn sie suggeriert den Konsumentinnen und Konsumenten fälschlicherweise, dass Gemüseanbau ohne den Einsatz von PSM auf dem heutigen Niveau möglich ist.

IN DER VERFASSUNG VERANKERTE IMPORTFÖRDERUNG

Ein fataler Trugschluss: Ohne Einsatz von PSM könnten die Gemüsegärtnerinnen und Gemüsegärtner ihre Kulturen nur ungenügend vor Krankheiten, Schädlingen und der Konkurrenz von Unkräutern

schützen. Die Initiative würde die Schweizer Landwirtschaft wortwörtlich umpflügen. Ohne Schutz durch PSM wären in der Folge grössere Anbauflächen zur Produktion der erforderlichen Gemüsemengen notwendig. Die ohnehin kostspielige Produktion würde dadurch noch teurer und würde sich in der Schweiz nicht mehr lohnen. Eine Senkung der Selbstversorgungsquote und der Import von Gemüse aus dem Ausland wären die logische Folge. Die Einhaltung der hohen Schweizer Standards für Arbeitnehmende wäre nicht garantiert. Zudem würde das vermeintliche Problem von PSM einfach ins Ausland verlagert.



LUXUSGUT GEMÜSE

Noch einen Schritt weiter geht die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide». Sie fordert ein generelles Verbot von PSM. Dies sowohl in der landwirtschaftlichen Produktion, der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und der Pflege von landwirtschaftlichem Boden. Darüber hinaus will die Initiative auch den Import von Lebensmitteln aus dem Ausland verbieten, die mit PSM behandelt wurden. Gemüse würde zum Luxusgut, das sich nur noch eine Elite leisten könnte. Noch befindet sich die Initiative im Sammelstadium, dennoch nehmen wir sie sehr ernst.

VSGP ARBEITET AN MARKT- UND UMWELTVERTRÄGLICHER WEITERENTWICKLUNG

Stehen bleiben, das will der Verband Schweizer Gemüseproduzentinnen und Gemüseproduzenten (VSGP) nicht. Deshalb engagieren wir uns seit Jahren für einen nachhaltigen Einsatz von PSM gemäss den Richtlinien von SwissGAP und SUISSE GARANTIE (ÖLN). Der Einsatz von PSM wurde in den letzten Jahren massgeblich verringert. 2017 hat der Bundesrat zudem den «Aktionsplan zur Risikoreduktion und nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln» verabschiedet. Der Plan sieht vor, dass die Risiken

durch PSM halbiert und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz gefördert werden. Wir unterstützen den Aktionsplan und setzen uns für eine praxisnahe Umsetzung ein.

Gleichzeitig investieren wir in innovative Projekte. Ein Beispiel ist ein neuer, aufgerüsteter Hackroboter, mit dem der Pflanzenschutzmitteleinsatz dank digitaler Bildverarbeitung und optimal ausgerichteter Spritzdüsen erheblich reduziert werden kann. Der Hackroboter zeigt auf: die Zukunft liegt in Innovation und Fortschritt und nicht in staatlichen Verboten.

Steuervorlage 17 – Dr. Hans-Jörg Bertschi, CEO und VR-Präsident Bertschi AG, Co-Präsident Swiss Family Business, Dürrenäsch

Auf dem Buckel der Familienunternehmen – Bundesrat riskiert Scheitern!

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 31. Januar 2018 beschlossen, an seinen zentralen Eckwerten zur Steuervorlage 17 festzuhalten. Dies trotz massiver und breit abgestützter Kritik in der Vernehmlassung. Eine inoffizielle Auswertung der Vernehmlassungsantworten zeigt: Zahlreiche Akteure – darunter der Schweizerische Gewerbeverband, Economiesuisse, Swissmem, Swiss Family Business, FDP, SVP und BDP – lehnen die bundesrätliche Vorlage der Steuerreform in der vorgelegten Fassung ab und verlangen eine gründliche Überarbeitung. SFB ruft die Parlamentarier dazu auf, im Rahmen der Beratungen zur Steuervorlage 17 die notwendigen Korrekturen vorzunehmen.



Hans-Jörg Bertschi



Eine Auswertung der Vernehmlassungsantworten zur SV17 durch Swiss Family Business, einer Vereinigung von über 340 familien- und inhabergeführten Unternehmen, zeigt ein klares Bild: Der aktuelle Entwurf der Steuerreform ist nicht mehrheitsfähig.

Im Fokus der Kritik stehen die obligatorische Erhöhung und landesweite Zwangsvereinheitlichung der Teilbesteuerung von Dividenden. Im Rahmen der Steuervorlage 17 ist geplant, die Teilbesteuerung von Dividenden auf Stufe Bund auf 70% zu erhöhen. Zusätzlich wird den Kantonen vorgeschrieben, ihrerseits die Teilbesteuerung auf mindestens 70% zu erhöhen. Den Kantonen steht es frei, weitergehende Erhöhungen vorzusehen.

Umfrage: Familienunternehmen erwarten massive Mehrbelastung durch SV17 – weniger Investitionen und Standortverlagerungen sind die Folgen

Eine unter den Mitgliedern von Swiss Family Business durchgeführte Umfrage macht klar: Der Unmut der Familienunternehmen gegenüber der Steuerreform ist gross. Wesentliche Elemente des vorliegenden Reformentwurfs werden grossmehrheitlich abgelehnt. So erachten über 90 % der befragten Familienunternehmen die auf Stufe Bund geplante Erhöhung der Dividendenbesteuerung von 60 % auf 70 % als negativ oder sehr negativ. Das gleiche Urteil fällen die Unternehmen zur landesweiten Vereinheitlichung der kantonalen Dividendenbesteuerung auf mindestens 70 %: Ebenfalls über 90 % sprechen sich klar dagegen aus. In der gleichen Umfrage bezeichnen erneut rund 90 % die aktuelle Teilbesteuerung von Dividenden als wichtig oder sehr wichtig. Die Familienunternehmen erwarten im Durchschnitt eine Erhöhung der Steuerlast um 20 Prozent (inkl. Unternehmer). Dies zeigt: Die Haltung der Familienunternehmen darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Bei der Teilbesteuerung von Dividenden handelt es sich um ein zentrales Anliegen von Familienunternehmen und KMU. Über 45 % der befragten Unternehmer erwägen eine Reduktion der Investitionen in die Mitarbeitenden und Infrastruktur des Unternehmens, sollte die Steuervorlage 17 in der Fassung des Bundesrates umgesetzt werden. Über 33 % ziehen aufgrund der Steuerreform eine kantonale Verlegung des Wohnsitzes in Betracht. Damit wird klar: Eine Erhöhung der Teilbesteuerung wird auch zahlreichen Kantonen direkt schaden. Die Kantone müssen mit der Abwanderung von Steuersubstrat rechnen.

BREITER WIDERSTAND IN DER VERNEHMLASSUNG

Zahlreiche Akteure – darunter der Schweizerische Gewerbeverband, Economiesuisse, Swissmem, Swiss Family Business, FDP, SVP und BDP – lehnen in ihren Vernehmlassungsantworten die Erhöhung der Dividendenbesteuerung dezidiert ab und fordern eine föderale Umsetzung der Steuerreform, die den Kantonen den nötigen Spielraum für massgeschneiderte Lösungen lässt. Für den Schweizerischen Gewerbeverband, welcher 250 Verbände und rund 300'000 Unternehmen vertritt, ist es essentiell, «dass die Kantone die fiskalischen Massnahmen (...) entsprechend ihren kantonalen Besonderheiten wählen können.» Auch Economiesuisse – im Namen von rund 100'000 Unternehmen und 100 Branchenverbänden – fordert zwingend eine

föderale Lösung: «Kantonale Unterschiede verlangen flexible Lösungen, nicht nur bei den steuerlichen Ersatzmassnahmen, sondern auch bei der Gegenfinanzierung und allfälligen Begleitmassnahmen».

FÖDERALISMUS WAHREN UND MITTELSTAND SCHÜTZEN

Wie kann der gordische Knoten gelöst werden? Erstens: Es braucht nun eine föderale Lösung, die die verfassungsmässige Finanz- und Steuerautonomie der Kantone respektiert. Der Bund soll lediglich den Rahmen festlegen, in dem sich die Kantone zur Umsetzung der SV17 zu bewegen haben. Dabei sollen die Kantone frei bestimmen können, welche konkreten Massnahmen sie umsetzen und auf welche sie verzichten wollen. Nur so kann die Steuerreform den Interessen der Kantone und ihren unter-

Die folgenden 31 Kantone, Parteien, Verbände und Organisationen lehnen die Erhöhung der Teilbesteuerung von Dividenden auf mindestens 70 % in den Kantonen ab:

- Kanton Aargau
- Kanton Basel-Landschaft
- Kanton Schaffhausen
- FDP
- SVP
- BDP
- Economiesuisse
- Schweizer Gewerbeverband
- Swissmem
- Freiheit und Verantwortung
- Gastro Suisse
- Expert Suisse
- Treuhand Suisse
- Swissholdings
- Swiss-American Chamber of Commerce
- Handelskammer beider Basel
- Swiss Family Business
- Greater Zurich Area
- Forum Zürich
- Zürcher Handelskammer
- Aargauische Industrie- und Handelskammer
- Handelskammer und Arbeitervereinigung Winterthur
- HEV Zürich
- Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell
- Aargauischer Gewerbeverband
- Gewerbeverband Kanton Luzern
- Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz
- Limmattaler Wirtschaftsverbände
- IVS (Industrie- & Wirtschaftsvereinigung Schaffhausen)
- Handelskammer Solothurn
- Swiss Textiles

schiedlichen Volkswirtschaften gerecht werden. Zweitens: Für Mittelstand und Familienunternehmen darf aus der SV17 keine höhere Besteuerung resultieren. Der Ball liegt nun beim Parlament: Wir fordern das Parlament auf, die Vorlage zu korrigieren. Sollte die antiföderalistische und unternehmerfeindliche Ausrichtung der Vorlage beibehalten werden, kann ein Referendum – auch für Swiss Family Business – zur politischen Notwendigkeit werden.

Kann das Value-Based Pricing einen Beitrag zur Kostenproblematik im Gesundheitswesen leisten?

Der Kostendruck im schweizerischen Gesundheitssystem steigt kontinuierlich. Trotz gewissen Reformen in der Gesundheitspolitik ist der erwünschte Rückgang der Kostenzunahme nicht eingetroffen. Das Konzept von Value-Based Healthcare soll einen Beitrag zu dieser Problematik leisten und das Gesundheitssystem mittels erhöhtem Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern revolutionieren.



Das schweizerische Gesundheitswesen ist im internationalen Vergleich eines der besten der Welt. Dieser Erfolg hat jedoch seinen Preis. Gemessen an den Kosten für das Gesundheitswesen relativ zum Bruttoinlandprodukt belegt die Schweiz mit 8'000 CHF pro Jahr und pro Kopf einen Spitzenplatz im internationalen Vergleich. Ein Faktor, welcher zu dieser Kostenproblematik beiträgt, ist die Preisbildung für medizinische Leistungen, Medikamente, Geräte und Behandlungen. Bei diesem Prozess sind die Behörden konstant involviert. So wird etwa die Preisbildung für kassenpflichtige Medikamente vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) kontrolliert. Swissmedic prüft Medikamente hinsichtlich Sicherheit,

Wirksamkeit und Qualität. Das BAG prüft wiederum unter Einbezug der Empfehlung der Eidgenössischen Arzneimittelkommission (EAK), ob ein Medikament wirtschaftlich ist. Letztlich liegt den Preisen für Medikamente damit schwergewichtig deren Kostenbasis zugrunde. Ähnliche Prozeduren der Preisbildung gelten auch für Labortarife, Mittel und Geräte sowie für die vielen Leistungs-Tarife. Dieser Preisbildungsprozess, massgeblich gesteuert durch die verschiedenen Behörden, wird von den Kassen und Leistungserbringern heftig kritisiert. Als Resultat dieser unzulänglichen Preisbildungsprozesse enden «Preise» und Tarife oftmals zu guter Letzt wieder einmal vor einer Behörde, nämlich dem Gericht.

HEUTIGE REFORMEN BEKÄMPFEN OFT DIE SYMPTOME, ABER NICHT DIE KRANKHEIT

Wie schon in den letzten Jahren werden die Kosten im Gesundheitswesen aufgrund der steigenden Lebenserwartung, von medizinischen Errungenschaften und wegen dem technischen Fortschritt weiter ansteigen. Auch die oben beschriebene Preisbildung trägt nicht zur Kostendämpfung bei. Damit die Kostenzunahme nicht ungebremst fortschreitet, ist es essenziell, neue Wege zu beschreiten.

Das Problem, dass die Gesundheitskosten in der Schweiz schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung, ist bekannt. Ansätze, dieses Problem zu lösen, gibt es einige, wie zum Beispiel die Einführung der neuen Spitalfinanzierung im Jahr 2012. Zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Fallkostensystems hat die Publikation «Gesunde Spitalpolitik» von Avenir Suisse einen dreiteiligen Vorschlag vorgelegt. Weitere 38 Lösungsvorschläge hat jüngst eine von Bundesrat Berset eingesetzte Expertenkommission präsentiert. Die meisten dieser Lösungsvorschläge sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, stellen jedoch eher Symptombekämpfung denn Ursachenbekämpfung dar. Was wir brauchen sind gänzlich neuartige, zukunftsgerichtete Rezepte, die wirksam dem Kostendruck entgegenhalten.

VALUE-BASED HEALTHCARE ALS NEUER ANSATZ ZUR BEKÄMPFUNG DER KOSTENPROBLEMATIK

In den letzten 10 Jahren ist das Konzept der sogenannten «Value-Based Healthcare» in der Wissenschaft aufgekommen.

Vor allem der Managementtheoretiker und Harvard-Professor Michael E. Porter hat einen grossen Beitrag dazu geleistet. Laut Porter sind die Gesundheitswesen der Welt und so auch der Schweiz ineffizient und müssen durch einen revolutionären Ansatz neu strukturiert werden. Der Fokus soll dabei auf den generierten Wert («value») für die Patienten gelegt werden. Dieser value setzt sich aus dem Ergebnis der Gesundheit des Patienten («outcome») pro eingesetztem Franken zusammen. Durch die Messbarkeit des values kann so ein Wettbewerb entstehen, welcher das Gesundheitssystem effizienter und transparenter machen soll. Das Denken in der Branche soll somit von einem «pay for service» zu einem «pay for performance» übergehen.

Das in diesem System einhergehende Value-Based Pricing schafft sowohl für Anbieter von Medikamenten wie für Leistungserbringer (Spitäler, Ärzte) bessere Anreize, um möglichst innovative Medikamente und Behandlungsmethoden zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen. Denn nur diese erreichen einen

möglichst hohen value. Je höher dieser value ist, desto höher die Entschädigung für Hersteller und Anbieter der Leistung. Die Folge für das Gesundheitswesen ist, dass deutlich mehr Transparenz über den value bestimmter Behandlungsmethoden hergestellt wird. An dem müssten eigentlich alle Leistungserbringer interessiert sein. Damit kann auf einer weiteren Ebene im Gesundheitswesen ein Wettbewerb organisiert werden, welcher schliesslich kostendämpfend wirkt.

NEUE TECHNOLOGIEN WIE BLOCKCHAIN KÖNNTEN DEN DURCHBRUCH BRINGEN

Die kontinuierliche Datenaufnahme der generierten values sollte «real-time» erfolgen. Damit kann ein permanent andauernder Vergleich zwischen den Leistungserbringern sichergestellt werden. Dieser Datenaustausch zwischen den Akteuren der Gesundheitsbranche, welcher die Basis für das Value-Based Pricing darstellt, kann heute mit Hilfe der Blockchain-Datentechnologie und der Anwendung von sogenannten «smart contracts» organisiert werden. Diese

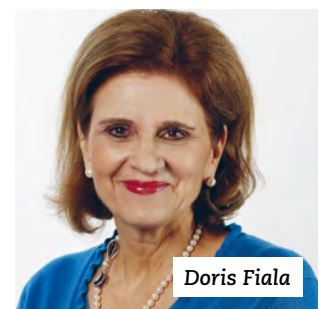
Verträge ermöglichen den anonymen Datenaustausch ohne Einwirkungen einer zentralisierten Stelle. Somit werden die Transaktionen zwischen den Akteuren der Gesundheitsbranche dezentral auf der Blockchain veröffentlicht. Mithilfe dieser smart contracts und dem Value-Based Pricing soll der Patient als Kunde in den Fokus gestellt werden und neben einem Basispreis mehr oder weniger für eine Leistung bezahlen, je nachdem wie erfolgreich diese ist. Es gibt erste Versuche von Jungunternehmen, das Gesundheitswesen mit Hilfe der Blockchain-Technologie in Richtung Value-Based Healthcare zu bringen, wie zum Beispiel das Schweizer Start-up Digipharm www.digipharm.ch.

Geschäftsmodelle wie jenes von Digipharm zeigen innovative, disruptive Wege auf, mittels transparenter Preisbildung im Gesundheitswesen den Kunden wieder besser ins Zentrum der Gesundheitsdienstleistungen zu rücken. Wenn dabei auch die Kostenzunahme endlich gedämpft werden kann, sollten wir uns umgehend daranmachen, den «Value-Based Healthcare»-Ansatz zu fördern.

Publikation «Politik der Freiheit und Verantwortung» – Doris Fiala, Nationalrätin, Zürich

Ein freisinniger Kompass, oder: Was Freisinnige ausmacht

Was zeichnet den Freisinn aus? Welche liberalen Grundsätze existieren für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat? Welches sind die für den Freisinn dringendsten Handlungsfelder? Das kompakte Brevier «Die Politik der Freiheit und Verantwortung» liefert Antworten und zeichnet ein freisinniges Zielbild für die Schweiz in zehn Jahren. Die Autoren zeigen auf, welches unser «Alleinstellungsmerkmal» ist und was es bedeutet «rechts der Mitte im liberalen Quadranten» zu politisieren.



Vorausschauend handeln mit einem klaren Kompass. Diese Maxime war lange Zeit Leitlinie für die Politik liberaler, freisinniger und radikaler Kreise. Die Gründer des modernen Bundesstaates und die Begründer des politischen Liberalismus hatten klare Vorstellungen davon, was es braucht, um die Schweiz fortschrittlich zu gestalten. Ihre Ideen einer liberalen Ordnung verankerten sie in Familie und Partnerschaft, in den Unternehmen und

im Staat. Die Zwischenräume kitteten sie mit ihrer integralen Vorstellung einer liberalen Zivilgesellschaft. Diese bildet sich aus der Summe eigenständigen Denkens und Handelns von Menschen und Organisationen, möglichst ohne staatliches Zutun. Die liberalen Urväter schufen damit den Sockel für das Erfolgsmodell Schweiz. Das Engagement dieser Kräfte hat bis heute Bestand: Politisch sind alle drei Strömungen des Liberalismus des

19. Jahrhunderts unter dem Dach der FDP. Die Liberalen Schweiz vereint.

GRUNDSÄTZE DES FREISINNS

Dreimal fünf Grundsätze des Freisinns zu Gesellschaft, Wirtschaft und Staat! Die dem freisinnigen Gedanken verpflichteten Autoren Ruedi Jeker, Peter Gomez, Roman Geiser und Andreas Heizmann haben den Versuch gewagt, die dem Schweizer Freisinn zugrundeliegende



E-Mail für Bestellungen:
brevier.2016@gmail.com

Autorenteam: Ruedi Jeker,
Peter Gomez, Roman Geiser,
Andreas Heizmann

ISBN: 978-3-033-05876-7

Weltanschauung neu zu fassen. Sie ordnen bestehende Politikstrategien ein, zeigen künftige Handlungsfelder auf und entwerfen schliesslich ein liberales Zielbild der Schweiz. Das Resultat ihrer Arbeit ist das kompakte Brevier «Die Politik der Freiheit und Verantwortung». Was zeichnet den Freisinn aus? Die Autoren gehen von der Freiheit aus als tief in uns verankerten, zentralen Grundwert. Freiheit bedeutet Widerstand gegen obrigkeitliche Herrschaftsansprüche, grösstmögliche politische Mitbestimmung, persönliche Freiheitsrechte und ein ordnungspoli-

tischer Rahmen basierend auf der Subsidiarität. Zusammen bilden diese aus dem Primat der Freiheit abgewandelten Maximen den Rahmen für eine gründliche Umsetzung der freien Marktwirtschaft. Mit Blick auf gegenwärtige und kommende Herausforderungen sollen ein gemeinsames Zielbild und der Weg dorthin über die freisinnigen Wertvorstellungen eine Richtschnur ergeben, anhand derer relevante politische, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Fragen beurteilt und beantwortet werden können.

ANREGUNG UND ORIENTIERUNGSHILFE

Das Brevier richtet sich an alle freisinnig Denkenden – auch an jene, die Freisinn

leben, vielleicht ohne sich dessen bewusst zu sein. Diese finden sich weit über die Partei hinaus und überall dort, wo um Freiheit und Fortschritt gerungen wird. Das Brevier dient deshalb auch all jenen, die sich zur grossen freisinnigen Gemeinschaft zählen, ohne Parteimitglied zu sein. Grünliberal, sozialliberal, neoliberal – alles unnötige Begriffsspielereien: Es gibt nur ein Original, LIBERAL, den Freisinn – er definiert Freiheit und Verantwortung perfekt. Heute besteht die Gefahr, dass die freisinnige Gesellschaft eine Schweiz zur Heimat bekommt, in der primär Vorschriften, Kontrollbehörden und staatliche Kampagnen unser Leben bestimmen.

Eine Schweiz, die ihre starke wirtschaftliche Position und ihren Wohlstand selbst gefährdet, eine Helvetia, die lieber Selbstgespräche führt, statt dem bewährten Rezept der bewussten Weltoffenheit für eine erfolgreiche Zukunft zu folgen. Diesen Weg wollen Freisinnige nicht gehen. Wir müssen deshalb im nächsten Jahrzehnt alles daransetzen, unsere Schweiz mit freisinnigen Grundsätzen neu zu gestalten. Das Brevier mag dabei als Anregung und Orientierungshilfe dienen. Ich kann es wärmstens empfehlen und danke den Autoren für ihr Werk, das mich begeistert und mir nicht nur als Nationalrätin Richtschnur und Kompass sein wird.

Was will Freiheit + Verantwortung?

- Wir setzen uns für die rechtsstaatliche Demokratie ein und bekämpfen jede Art von Totalitarismus.
- Wir treten für die Erhaltung der Marktwirtschaft als Grundlage des allgemeinen Wohlstands ein.
- Wir fordern einen Abbau der stetig steigenden Steuerbelastung.
- Wir wehren uns gegen das drohende Übergewicht des Staats und stellen dem staatlichen Dirigismus den verantwortungsbewussten Bürger gegenüber.

www.freiheitverantwortung.ch

Impressum

Herausgeber: Freiheit + Verantwortung, Postfach 2407, 8021 Zürich 1
Redaktion: Farner Consulting AG
Auflage: 22 000 Exemplare
Jahresabo: ab Fr. 50.–
«ImBrennpunkt» erscheint mindestens viermal pro Jahr

PC 80310109 | IBAN: CH26 0900 0000 8003 1010 9